

Argumentarium

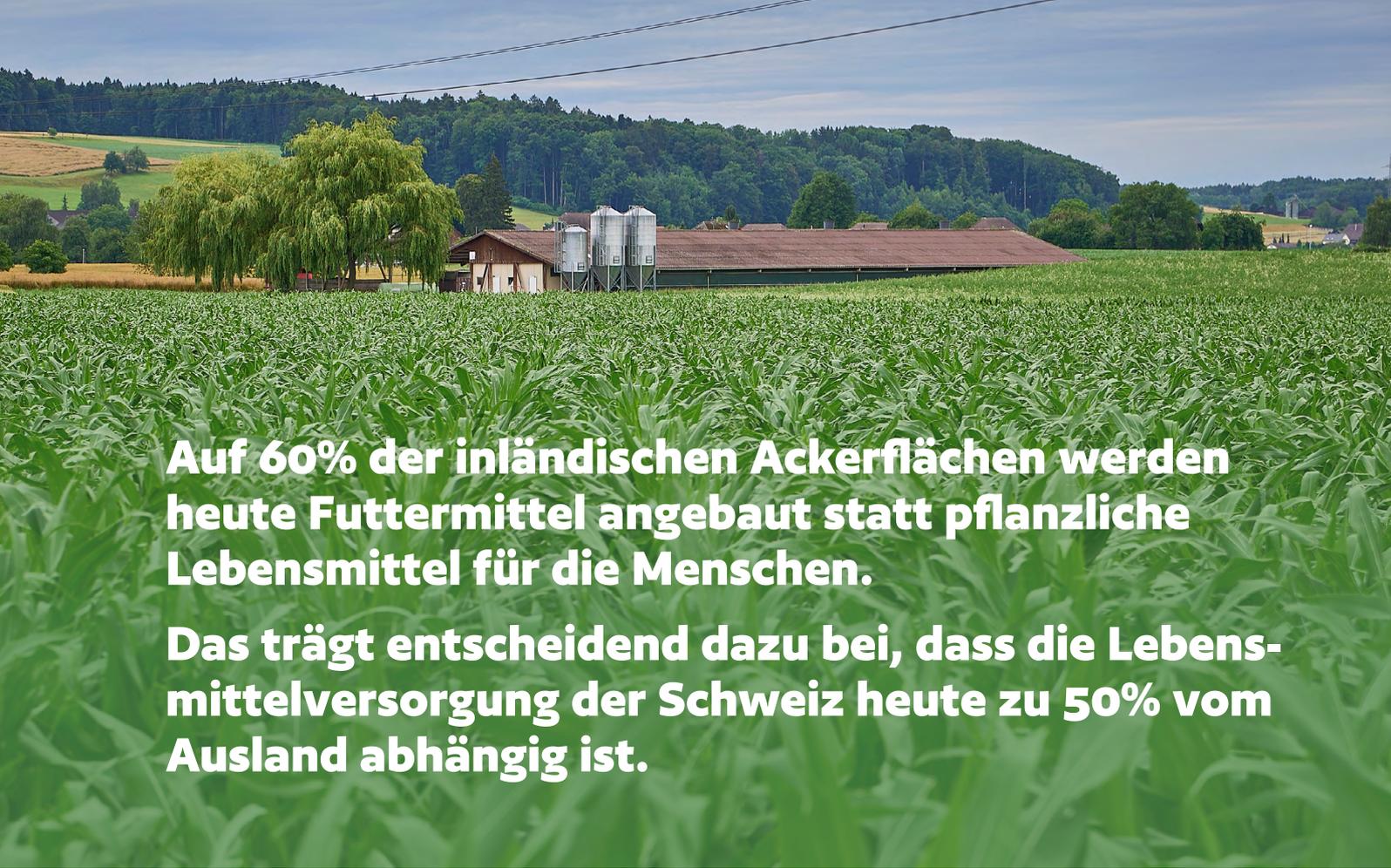
**Eidgenössische Volksinitiative
«Für eine sichere Ernährung –
durch Stärkung einer nachhaltigen
inländischen Produktion,
mehr pflanzliche Lebensmittel
und sauberes Trinkwasser
(Ernährungsinitiative)»**



Verein Sauberes Wasser für alle
Oeleweg 8, 4537 Wiedlisbach

Inhaltsverzeichnis

Die Initiative in Kürze	3
Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt	5
Art. 104a Ernährungssicherheit	5
Art. 74a Erhaltung der Ökosysteme und der Biodiversität	5
Art. 197 Ziff. 15 Übergangsbestimmungen	5
Weshalb es die Initiative «Für eine sichere Ernährung» braucht	6
Der übermässige Anbau von Futtermitteln auf 60% der inländischen Ackerflächen macht die Lebensmittelversorgung der Schweiz stark vom Ausland abhängig	6
Zu viel Gülle und überhöhte Ammoniakemissionen aus der Nutztierhaltung überdüngen flächendeckend die Böden, Wälder, Gewässer, Seen	7
Stickstoffhaltige Luftschadstoffe stammen in der Schweiz zu 70% von der Landwirtschaft	8
Das Saat- und Pflanzgut für die Schweizer Lebensmittelproduktion wird zu grossen Teilen importiert	9
Produktion und Konsum von tierischen Lebensmitteln werden staatlich massiv stärker gefördert und gelenkt als von pflanzlichen Lebensmitteln.	10
Ernährungssicherheit bedeutet auch, dass genügend sauberes Trinkwasser, unser Lebensmittel Nr. 1, gesichert sein muss.	11
Was fordert die Initiative «Für eine sichere Ernährung»?	12
Linkverzeichnis	16



Auf 60% der inländischen Ackerflächen werden heute Futtermittel angebaut statt pflanzliche Lebensmittel für die Menschen.

Das trägt entscheidend dazu bei, dass die Lebensmittelversorgung der Schweiz heute zu 50% vom Ausland abhängig ist.

Foto: Christian Jäggi

Die Initiative in Kürze

Die letzten Jahrzehnte sind geprägt von einer übermässigen staatlichen Förderung der Produktion und des Konsums von tierischen Lebensmitteln sowie einer Lebensmittelproduktion, die von Hilfsstoffen wie Importfutter, Pestiziden, Düngemittel und Antibiotika abhängig ist. **Die Folgen sind Überdüngung, Zerstörung von Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit, Schliessung von Trinkwasserfassungen, Verstärkung der Klimakrise und eine Lebensmittelversorgung, die zu mehr als 50% vom Ausland abhängig ist. Also das Gegenteil der Ernährungssicherheit, die schon 2017 in der Verfassung verankert wurde.** Zudem ist die Schweizer Landwirtschaft auf die Herausforderungen des Klimawandels mit zunehmender Hitze, Dürre und Wassermangel und dann wieder heftigem Starkregen kaum vorbereitet. Dies führt zu Ernteausfällen, die eine weitere Gefahr für die Ernährungssicherheit der Schweizer Bevölkerung darstellen.

Krisensituationen wie Klimaextreme, Pandemien oder Kriege führen uns vor Augen, wie wichtig eine nachhaltige inländische Lebensmittelproduktion ist. Denn ein Land, das bei seiner Lebensmittelversorgung so stark vom Ausland abhängig ist wie die Schweiz mit einem Netto-Selbstversorgungsgrad von nur gerade 50%, gerät schnell in Versorgungsengpässe, wenn Importe nicht mehr gewährleistet sind. **Um die Auslandsabhängigkeit zu reduzieren, legt die Initiative den Fokus insbesondere auf die 60% der inländischen Ackerflächen, auf denen heute Futtermittel (Mais, Getreide) für die Produktion tierischer Lebensmittel angebaut werden. Diese Ackerflächen sollen vermehrt für den Anbau von Lebensmitteln wie Hülsenfrüchte, Getreide, Kartoffeln für die Menschen statt für Futtermittel genutzt werden.** So kann pro Hektare mehr als das Zehnfache an Kalorien für die direkte menschliche Ernährung produziert und ein Netto-Selbstversorgungsgrad von 70% angestrebt werden. Im Gegensatz zu den Ackerflächen eignen sich die vielen Wiesen und Weiden der Schweiz für eine graslandbasierte Fleisch- und Milchproduktion.

Zugleich sinkt durch die vermehrte Produktion pflanzlicher statt tierischer Lebensmittel auch der Wasserverbrauch massiv. Eine weitere Massnahme, die für die Erhöhung des Netto-Selbstversorgungsgrads berücksichtigt werden muss, ist die Reduktion von Food Waste. Denn der Verfassungsartikel 104a (Ernährungssicherheit) schreibt einen «ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln» schon seit 2017 vor.

Für unsere Ernährungssicherheit braucht es auch genügend sauberes Trinkwasser – unser Lebensmittel

Nr. 1. Hitze, Trockenheit und Wassermangel als Folge der Klimakrise zeigen, dass auch im Wasserschloss Europas Trinkwasser und Wasser für die Produktion von Lebensmitteln zur Mangelware werden kann. Doch weder der Bund noch die Kantone wissen, wieviel Wasser verbraucht wird und wieviel die Schweiz tatsächlich zur Verfügung hat. Zusätzlich gefährdet die Schliessung von Trinkwasserfassungen wegen zu hoher Pestizid- und Nitratwerte die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser. Die Initiative verlangt daher die Sicherung der Grundwasserressourcen für die nachhaltige Trinkwassergewinnung.

Entscheidend für unsere Ernährungssicherheit ist auch die Sicherung der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit. Dies sind unverzichtbare Grundlagen der Lebensmittelproduktion, die die Erträge in der Landwirtschaft steigern und Pestizide sowie Kunstdünger ersetzen können. Diese «Gratisdienstleistungen» der Natur werden heute durch den hohen Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden zerstört. Das wirkt sich negativ auf die landwirtschaftlichen Erträge aus. Weiter braucht es für die Lebensmittelproduktion Saat- und Pflanzgut, eine entscheidende Grundlage für unsere Ernährungssicherheit. Die Initiative verlangt die Förderung von natürlichem, samenfestem Saat- und Pflanzgut, das weiter vermehrt werden kann und nicht jedes Jahr neu gekauft werden muss wie dies bei Hybridsorten heute der Fall ist.

Zum Schutz der Umwelt und des Klimas verlangt die Initiative vom Bund, dass die 2008 festgelegten Höchstwerte für Stickstoffverbindungen und Phosphat nicht mehr überschritten werden. Die Höchstwerte, die in den Umweltzielen der Landwirtschaft seit 2008 verankert sind, sind massgebend dafür, wie viel tierische Lebensmittel die Schweiz produzieren kann, ohne Umwelt, Ökosysteme, Biodiversität und Wasserqualität zu zerstören und damit die Grundlagen unserer Ernährungssicherheit. Heute werden diese Höchstwerte durch die übermässige Tierproduktion mit 16 Millionen Nutztieren, die permanent in der Schweiz leben und rund zur Hälfte mit Importfutter ernährt werden, überschritten.

Die heutige Subventionspolitik bevorzugt Produktion und Konsum von tierischen Lebensmitteln gegenüber pflanzlichen Lebensmitteln massiv – mit 2,3 Milliarden Franken gegenüber 0,5 Milliarden Franken. Damit verhindert sie den nötigen Wandel in der Land- und Ernährungswirtschaft hin zu einer nachhaltigen klima- und umweltbewussten Produktion und Ernährung. **Die jährlichen Subventionsmilliarden sowie Forschung, Beratung und Ausbildung sollen künftig eine nachhaltige inländische Produktion fördern, die für eine gesunde Umwelt, Klimaschutz, eine sichere Lebensmittelversorgung und sauberes Trinkwasser sorgt. Dabei wird keine Ernährungsform ausgeschlossen, doch zugunsten unserer Umwelt, des Klimaschutzes und unserer Ernährungssicherheit eine neue ausgewogene Balance zwischen der Produktion von tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln hergestellt.** Dabei sinkt auch der Wasserverbrauch, da die Herstellung von pflanzlichen Lebensmitteln viel weniger Wasser benötigt als die Herstellung von tierischen Lebensmitteln.

Die Initiative eröffnet der Schweizer Landschaft die Tür zum boomenden nachhaltigen Wachstumsmarkt von pflanzlichen Lebensmitteln und Fleischersatzprodukten. An Kundschaft für pflanzliche Lebensmittel fehlt es nicht: 63% der Schweizer Bevölkerung essen schon heute **der Umwelt, dem Tierschutz und ihrer Gesundheit zuliebe** bewusst weniger tierische Lebensmittel – Tendenz steigend.

Die Zerstörung der Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit zerstört auch die Ernährungssicherheit.

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Neuer Text in Rot

Art. 104a Ernährungssicherheit

¹Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln **einschliesslich sauberen Trinkwassers** schafft der Bund Voraussetzungen für:

- a. die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes, **der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit sowie die Förderung von natürlichem, samenfestem Saat- und Pflanzgut;**
- a^{bis}. **die Sicherung der Grundwasserressourcen für die nachhaltige Trinkwassergewinnung;**
- b. eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;
- c. eine auf den Markt ausgerichtete **und zugleich nachhaltige, klimabewusste** Land- und Ernährungswirtschaft;
- d. grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- e. einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

²Der Bund strebt einen **Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent an. Zu diesem Zweck trifft er insbesondere Massnahmen zur Förderung einer vermehrt auf pflanzlichen Lebensmitteln basierenden Ernährungsweise und einer darauf ausgerichteten Land- und Ernährungswirtschaft.**

³Bund und Kantone richten ihre Subventionen, die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung sowie andere staatliche Anreize so aus, dass sie den Bestimmungen nach den Absätzen 1 und 2 nicht zuwiderlaufen.

Art. 74 Umwelt

Art. 74a Erhaltung der Ökosysteme und der Biodiversität

¹Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Erhaltung der Ökosysteme und der Biodiversität.

²Der Bund lässt namentlich nicht mehr zu, dass die für die Gewässerqualität, die Bodenfruchtbarkeit und die Biodiversität essenziellen, im Jahr 2008 vom Bundesamt für Landwirtschaft und vom Bundesamt für Umwelt als Umweltziele für die Landwirtschaft definierten Höchstwerte für Stickstoffverbindungen und Phosphor überschritten werden.

Art. 197 Ziff. 15 Übergangsbestimmungen zu den Art. 74a und 104a

¹Bund und Kantone erlassen ihre Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 74a und 104a Absatz 1 Einleitungssatz und Buchstaben a, a^{bis} und c sowie Absätze 2 und 3 innert fünf Jahren nach deren Annahme durch Volk und Stände.

²Die Ausführungsgesetzgebung des Bundes regelt namentlich die Instrumente, die es ermöglichen, die neuen Vorgaben der Artikel 74a und 104a Absatz 1 Einleitungssatz und Buchstaben a, a^{bis} und c sowie Absätze 2 und 3 innert zehn Jahren nach deren Annahme zu erfüllen. Bezüglich des angestrebten Netto-Selbstversorgungsgrades legt das Gesetz auch Zwischenziele fest.

³Die nötigen Anpassungen der landwirtschaftlichen Produktion sind sozialverträglich auszugestalten und werden vom Bund finanziell unterstützt.



Auf den heute für Futtermittel genutzten 60% Ackerflächen könnte Brotgetreide für den jährlichen Brotverbrauch von 40 Millionen Menschen angebaut werden.

Berechnungen Bauernverband

Weshalb es die Initiative «Für eine sichere Ernährung» braucht

Der übermässige Anbau von Futtermitteln auf 60% der inländischen Ackerflächen macht die Lebensmittelversorgung der Schweiz stark vom Ausland abhängig

Ein Land, das bei seiner Lebensmittelversorgung so stark vom Ausland abhängig ist wie die Schweiz mit einem Netto-Selbstversorgungsgrad von nur knapp 50%, gerät schnell in Versorgungsengpässe, wenn Importe nicht mehr gewährleistet sind. Zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche in der Schweiz sind Wiesen und Weiden, die sich für die graslandbasierte Fleisch- und Milchproduktion eignen. Dagegen ist der Anbau von Kraftfutter (Mais und Getreide) auf 60% unserer Ackerflächen für die Produktion von tierischen Lebensmitteln eine sehr ineffiziente Form der Lebensmittelherstellung. **Denn auf diesen Ackerflächen liesse sich mit dem vermehrten Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln (insbesondere pflanzliche Eiweisse wie z.B. Hülsenfrüchte) statt Futtermitteln ein Vielfaches an Kalorien für die direkte menschliche Ernährung produzieren.** Eine solche Neuausrichtung der Produktion trägt entscheidend dazu bei, eine Steigerung des Netto-Selbstversorgungsgrads von heute 50% auf mindestens 70% anstreben zu können. Dass die Schweiz ihre Lebensmittel heute zur Hälfte importieren muss, ist also nicht einfach auf knappes Landwirtschaftsland oder die hohe Bevölkerungsdichte zurückzuführen. **Entscheidend für die Auslandsabhängigkeit ist der übermässige Anbau von Futtermitteln auf inländischen Ackerflächen anstelle von pflanzlichen Lebensmitteln für die Menschen. Dieser Futtermittelanbau steht also in direkter Konkurrenz zur menschlichen Ernährung.**

Wie ineffizient die Produktion von tierischen Lebensmitteln auch aus Sicht der globalen Ernährungssicherheit ist, zeigen folgende Zahlen: Weltweit werden 80% der landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Produktion von tierischen Lebensmitteln genutzt, **damit jedoch nur 11% des weltweiten Kalorienverbrauchs gedeckt.**

Zu viel Gülle und überhöhte Ammoniakemissionen aus der Nutztierhaltung überdüngen flächen-deckend die Böden, Wälder, Gewässer, Seen. Sie schädigen Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität und Gewässerqualität, verschärfen die Klimakrise und gefährden damit unsere Ernährungssicherheit.



In der Schweiz wird massiv mehr Gülle und Mist produziert als unsere Landwirtschaftsflächen aufnehmen können. Grund dafür ist der stark überhöhte Nutztierbestand von 16 Millionen Nutztieren, wovon rund die Hälfte mit Importfutter (Soja, Getreide) ernährt wird. Die Gülle- und Ammoniaküberschüsse verursachen schweizweit die Versauerung und Überdüngung von Böden, Wäldern und Gewässern, zerstören die Biodiversität und schädigen das Klima und unsere Gesundheit. Sie führen zur Schliessung von Trinkwasserfassungen wegen überhöhter Nitratwerte. Zudem müssen der Baldegger-, Hallwiler-, Sempacher- und Greifensee sowie neu auch der Zugersee wegen zu viel Phosphor aus der Gülle mit Sauerstoff künstlich belüftet werden.

Besonders umwelt- und klimaschädigend ist das stickstoffhaltige Gas Ammoniak, das beim Ausbringen der Gülle in grossen Mengen in die Luft entweicht. Es sind gut 42 000 Tonnen Stickstoff jährlich – 70 Prozent mehr als der Höchstwert von 25 000 Tonnen der Landwirtschaft vorgibt. Die Höchstwerte für Stickstoffverbindungen und Phosphor sind bereits 2008 in den Umweltzielen der Landwirtschaft festgelegt worden. Sie dürfen zukünftig nicht mehr überschritten werden. Denn sie sind massgebend dafür, wieviel tierische Lebensmittel die Schweiz produzieren kann, ohne dabei ihre Ökosysteme zu zerstören.

Die heutige Produktion von tierischen Lebensmitteln mit Importfutter ist bei weitem keine standortangepasste, ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion, wie sie die Verfassung für unsere Ernährungssicherheit und für die Umwelt schon seit 2017 verlangt. Im Gegenteil, sie gefährdet nebst der Wasserqualität auch die unverzichtbaren Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft – Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität – und damit unmittelbar unsere Ernährungssicherheit. Im Ausland fehlt die in der Schweiz überschüssige Gülle als Dünger auf den für den Futtermittelanbau genutzten Ackerflächen. Dort muss sie mit Kunstdünger ersetzt werden. Überdies konkurriert das Importfutter auch unmittelbar mit dem Nahrungsmittelanbau für die Menschen in den Herkunftsländern.

Stickstoffhaltige Luftschadstoffe stammen in der Schweiz zu 70% von der Landwirtschaft, 18% vom Verkehr, 9% von Industrie und Gewerbe und 3% von den Haushalten. Zwei Drittel des Stickstoffes, der in die Umwelt gelangt, wird durch Ammoniakemissionen der Landwirtschaft verursacht, wobei die Tierproduktion für 90% verantwortlich ist.

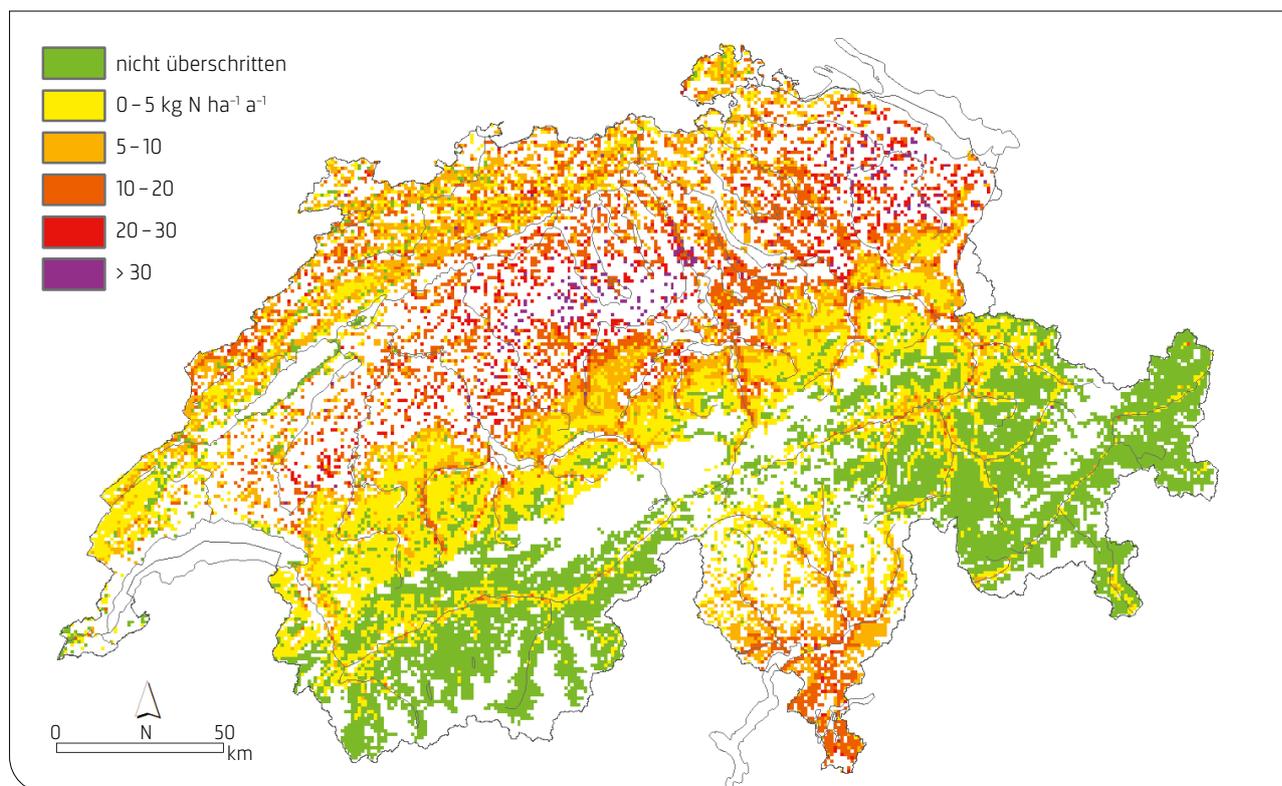


Abbildung 1: Überschreitung der kritischen Belastungsgrenzen für Stickstoffeinträge aus der Luft für das Jahr 2015: Auf den gelb, orange, rot und violett markierten Flächen sind die Einträge aus der Luft übermässig. Quelle: BAFU (Hrsg.) 2020⁴

Auf der Webseite der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) heisst es dazu:

«Um die Biodiversität, Waldfunktionen und Gewässerqualität zu erhalten, die menschliche Gesundheit zu schützen und den Klimawandel nicht weiter anzutreiben, müssen die Stickstoff- und Phosphorüberschüsse sowie -emissionen dringend deutlich reduziert werden, schreiben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und empfehlen verschiedene Handlungsansätze. Dazu gehören insbesondere die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsintensität an die ökologische Tragfähigkeit des Standortes sowie **die Förderung von pflanzlichen gegenüber tierischen Nahrungsmitteln** sowohl beim Konsum als auch bei der Produktion. Dies, weil die landwirtschaftliche Tierhaltung der grösste Treiber von Stickstoffemissionen ist».

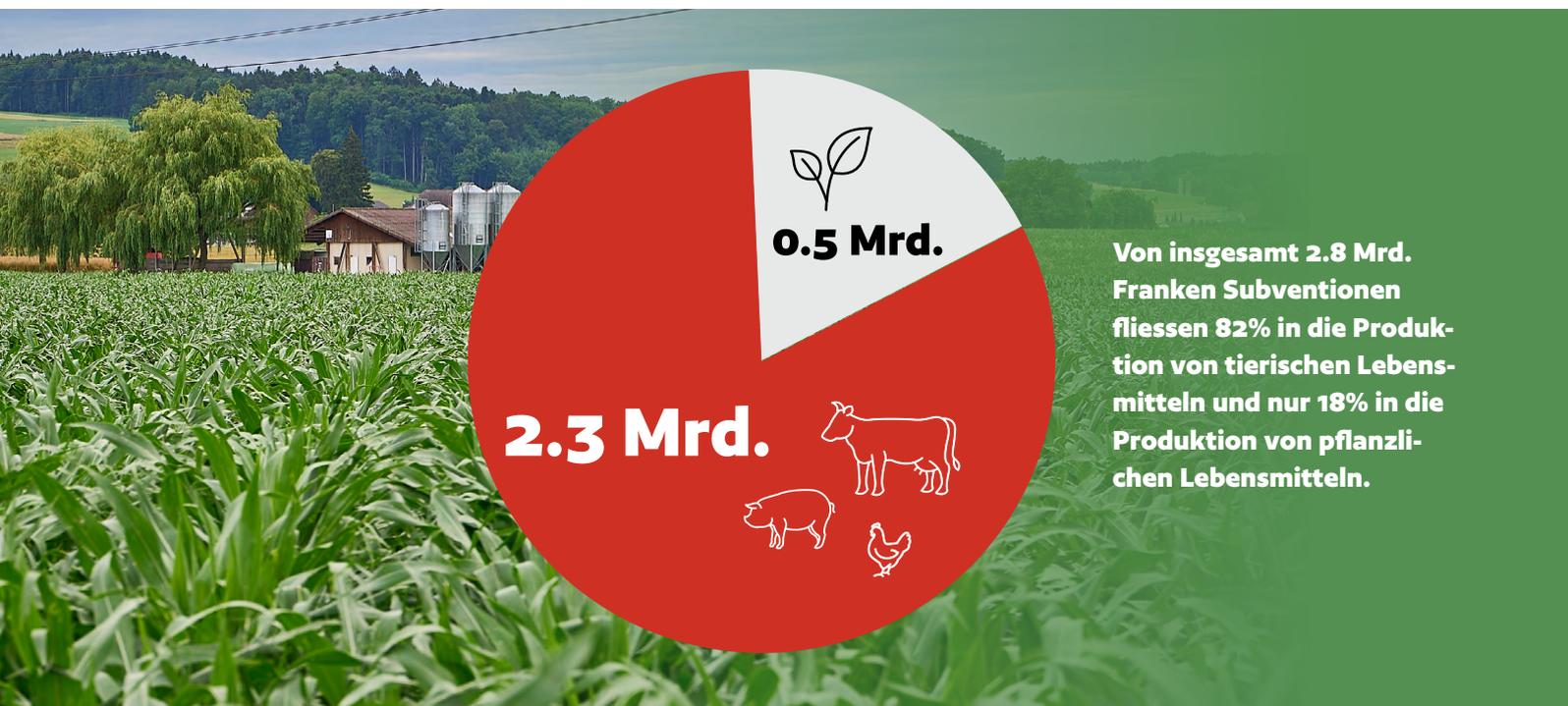
**Umweltziel der Landwirtschaft:
Die definierten Grenzwerte von 2008 für
Stickstoffverbindungen und Phosphor
dürfen nicht mehr überschritten werden.**

Das Saat- und Pflanzgut für die Schweizer Lebensmittelproduktion wird zu grossen Teilen importiert



Das Saat- und Pflanzgut für die Lebensmittelproduktion ist eine entscheidende Grundlage für unsere Ernährungssicherheit. Das für die Schweizer Landwirtschaft notwendige Saat- und Pflanzgut wird aber zu grossen Teilen importiert. Es besteht immer mehr aus nicht nachbaufähigen Hybridsorten, kann also nicht weiter vermehrt werden und muss jedes Jahr neu gekauft werden. Die Initiative verlangt daher zur Sicherung der Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion die Förderung von natürlichem, samenfestem Saat- und Pflanzgut. Samenfest ist eine Pflanzensorte dann, wenn aus ihrem Saatgut Pflanzen wachsen, die dieselben Eigenschaften und dieselbe Gestalt haben wie die Elternpflanzen. Solches Saatgut ist samenfest, sortenrein und nachbaufähig, d.h. es kann natürlich vermehrt werden, sei es durch die Bäuerinnen und Bauern selber oder durch Saat- und Pflanzguthersteller. Das stärkt den Wissenschaftsstandort Schweiz, schafft Know-how in der Züchtung und stärkt den Zugang zu natürlichen samenfesten Kulturpflanzen. Gentechnik bewirkt genau das Gegenteil, führt sie doch zu einer noch grösseren Abhängigkeit von Saatgutfirmen und zur Einschränkung der züchterischen Vielfalt.

Produktion und Konsum von tierischen Lebensmitteln werden staatlich massiv stärker gefördert und gelenkt als von pflanzlichen Lebensmitteln.



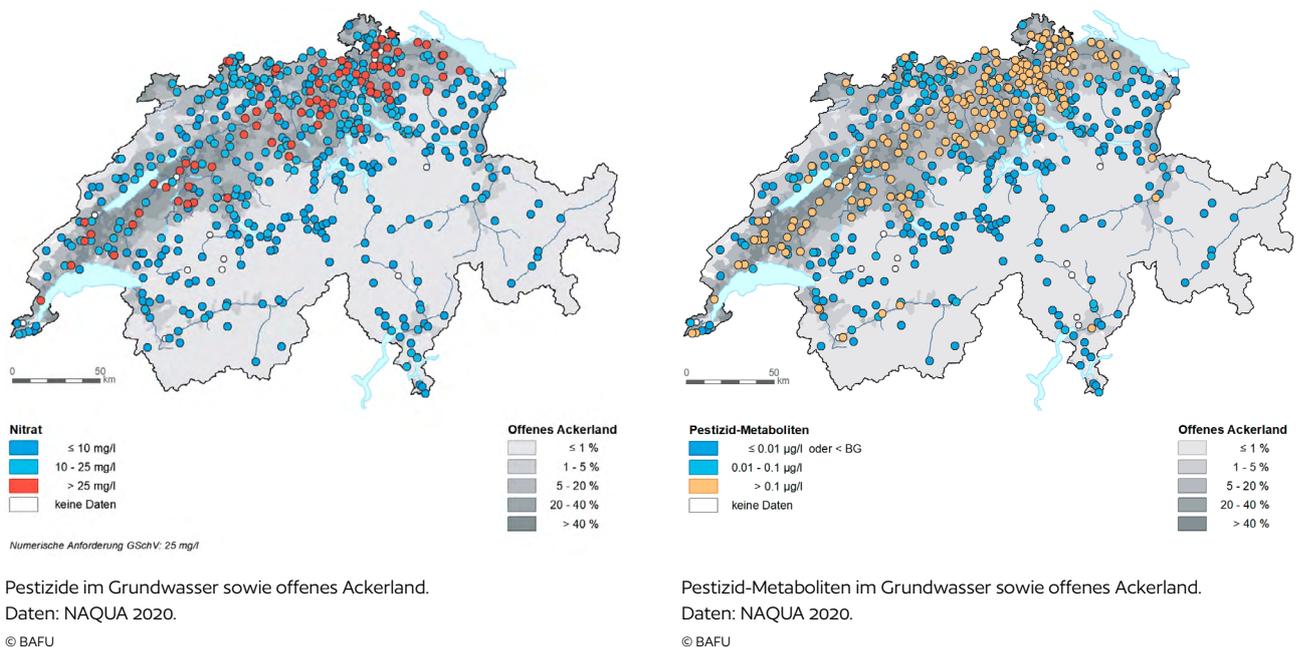
Siehe: [ECO – Landwirtschaft – Was sie uns wirklich kostet – Play SRF](#)

82% der Agrarsubventionen fließen in die Produktion von tierischen Lebensmitteln, nur 18% in den Pflanzenbau. Produktion und Konsum von tierischen Lebensmitteln werden also staatlich stark gelenkt und unterstützt, während die Produktion pflanzlicher Lebensmittel vernachlässigt wird.

Zudem ist dem [Agrarbericht für die Absatzförderung des Bundes 2022](#) zu entnehmen, dass der Konsum tierischer Lebensmittel mit 40 Millionen Franken 10mal stärker gefördert wird als der Konsum pflanzlicher Lebensmittel mit gerade 4 Millionen.

Um die Ernährungssicherheit, die landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und eine gesunde Umwelt zu gewährleisten, müssen Subventionen sowie andere finanzielle staatliche Anreize die nachhaltige, klimabewusste und ressourceneffiziente Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln und deren Konsum fördern statt wie heute die übermässige Produktion und den übermässigen Konsum von tierischen Lebensmitteln.

Ernährungssicherheit bedeutet auch, dass genügend sauberes Trinkwasser, unser Lebensmittel Nr. 1, gesichert sein muss.



Hitze, Trockenheit und Wassermangel, die infolge der Klimakrise immer mehr zunehmen, lehren uns, dass auch im Wasserschloss Europas Trinkwasser und Wasser für die Produktion von Lebensmitteln zur Mangelware werden kann. Die Mehrheit der Kantone leidet bereits unter temporären Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Doch die meisten Kantone haben weder einen Überblick über die Wassernutzungen noch über die verfügbaren Wassermengen. Und ohne Wasserressourcen-Nutzungsplanung kann die Trinkwasserversorgungssicherheit nicht garantiert werden.

Noch schwerer wiegt der jahrzehntelang vernachlässigte Schutz der Trinkwasserressourcen. Immer wieder wurden in den letzten Jahrzehnten Trinkwasserfassungen aufgegeben, wegen zu hohen Nitratwerten oder wegen problematischen Pestizidrückständen. **Verursacht werden diese durch die Landwirtschaft mit ihrem hohen Einsatz von Pestiziden und Dünger.**

Die Initiative verlangt, saubere Grundwasserressourcen für die nachhaltige Trinkwassergewinnung zu gewährleisten. Deshalb muss der Bund zum einen dafür sorgen, dass die Höchstwerte für Stickstoffverbindungen und Phosphat, welche die Umweltziele seit 2008 vorgeben, nicht mehr überschritten werden. Zum anderen braucht es eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, die auf die Produktionsgrundlagen Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität fokussiert und damit die Artenvielfalt fördert. Eine solche Produktion ersetzt den Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger und sichert so sauberes Trinkwasser und gleichzeitig stabilere und höhere Erträge. Zusätzlich braucht es die längst überfällige koordinierte Planung der Trinkwasserversorgung.

Für unsere Ernährungssicherheit sind wir auf die Biodiversität, die Bodenfruchtbarkeit und sauberes Trinkwasser angewiesen.

Was fordert die Initiative «Für eine sichere Ernährung»?

Um die Auslandsabhängigkeit zu reduzieren, soll der Bund einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70% anstreben. Dafür soll er eine vermehrt auf pflanzlichen Lebensmitteln basierende Ernährungsweise und eine darauf ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft fördern. Die Reduktion des Food Waste ist eine weitere Massnahme, die bei der Erhöhung des Netto-Selbstversorgungsgrads zu berücksichtigen ist. Dies ist durch den Verfassungsartikel 104a (Ernährungssicherheit) schon seit 2017 vorgeschrieben. Mit der Initiative wird keine Ernährungsform ausgeschlossen, **doch zugunsten unserer Umwelt und unserer Ernährungssicherheit eine neue ausgewogene Balance zwischen der Produktion von tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln hergestellt.** In Krisenzeiten können die von der Initiative verlangten Massnahmen falls notwendig verstärkt angewendet werden, um den Netto-Selbstversorgungsgrad weiter zu steigern. Eine Agroscope-Studie zeigt, dass selbst 100% möglich sind.

Voraussetzung für die Ernährungssicherheit ist eine nachhaltige Lebensmittelproduktion. Dafür will die Initiative die Produktionsgrundlagen Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit sicherstellen. Eine weltweite Studie mit Agroscope-Beteiligung zeigt auf, dass wir für eine hohe Biodiversität sorgen müssen, um uns diese Gratis-Dienstleistungen der Natur nachhaltig zu sichern. Denn je höher die Biodiversität, desto mehr Erträge in der Landwirtschaft – bei gleichzeitiger Reduktion oder Ersatz von Pestiziden und Kunstdünger. Eine solche Lebensmittelproduktion sorgt für sauberes Trinkwasser und ist resistenter gegen wachsende Produktionsunsicherheiten infolge von Klimaextremen wie Hitze und Wasserknappheit oder Starkregen. Und sie macht die Lebensmittelproduktion der Schweiz unabhängig von Pestizid- und Kunstdüngerimporten. Zudem fordert die Initiative für die Sicherung der Lebensmittelproduktion die Förderung einer vermehrt inländischen Produktion von natürlichem, samenfestem Saat- und Pflanzgut

Je höher die Artenvielfalt, desto mehr Ertrag in der Landwirtschaft.



20
08

> Umweltziele Landwirtschaft

Hergeleitet aus bestehenden rechtlichen Grundlagen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Umwelt BAFU

Bundesamt für Landwirtschaft BLW

Umweltschutz bedeutet auch Ernährungsschutz

2008 haben das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Landwirtschaft Umweltziele für die Landwirtschaft erarbeitet (BAFU/BLW 2008). Diese beruhen ausschliesslich auf bestehenden rechtlichen Grundlagen wie Gesetzen, Verordnungen, internationalen Abkommen und Bundesratsbeschlüssen und wurden gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen konkretisiert.

Damit die Biodiversität, die Bodenfruchtbarkeit und sauberes Trinkwasser, die Grundlagen unserer Ernährung, sichergestellt werden können, verlangt die Initiative vom Bund, dass die 2008 in den Umweltzielen für die Landwirtschaft festgelegten Höchstwerte für Stickstoffverbindungen und Phosphor nicht mehr überschritten werden. Dies muss innert 10 Jahren nach Annahme der Initiative umgesetzt werden.

Konkret handelt es sich um folgende Höchstwerte (Umweltziele Landwirtschaft):

- Nitrat in Gewässern, die der Trinkwassernutzung dienen oder dafür vorgesehen sind und deren Zuströmbereich hauptsächlich von der Landwirtschaft genutzt wird: maximal 25 mg Nitrat pro Liter
- Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft: maximal 25 000 Tonnen Stickstoff pro Jahr
- Gesamtphosphorgehalt in Seen, deren Phosphoreintrag hauptsächlich aus der Landwirtschaft stammt: weniger als 20 µg Phosphor pro Liter (besondere natürliche Verhältnisse bleiben vorbehalten)
- Zur Einhaltung der Höchstwerte müssen die landwirtschaftsbedingten Stickstoffeinträge in die Gewässer gegenüber 1985 um 50% reduziert werden.

Umweltschutz ist auch Ernährungsschutz.

In der Land- und Ernährungswirtschaft braucht es für unsere Ernährungssicherheit ein Umdenken und Veränderungen. Dabei werden die Landwirtinnen und Landwirte unterstützt und der Wachstumsmarkt für pflanzliche Lebensmittel bietet ihnen neue Chancen und Perspektiven.

Für unsere Ernährungssicherheit, die Umwelt, das Klima und genügend sauberes Trinkwasser braucht es eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, die die «Gratisdienstleistungen» der Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit nutzt, sowie eine vermehrt pflanzliche Ernährungsweise.

Die Nachfrage nach pflanzlichen Lebensmitteln ist vorhanden. Bereits mehr als 60% der Schweizer Bevölkerung ernähren sich «flexitarisch» und essen der Umwelt, dem Tierschutz und der Gesundheit zuliebe bewusst weniger tierische Lebensmittel.

Die Schweizer Landwirtschaft nutzt die Chancen dieses Wachstumsmarkts für pflanzliche Lebensmittel und Fleischersatzprodukte bisher jedoch kaum. Die pflanzlichen Rohstoffe dafür müssen heute fast ausnahmslos importiert werden. Zurückzuführen ist dies auf die intensive Subventionierung der Tierproduktion, die den Anbau von Futtermitteln auf Ackerflächen wirtschaftlicher macht als den Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln. Man bedenke: 98% der Hülsenfrüchte, die die Schweizer Bevölkerung konsumiert, werden importiert.

Deshalb verlangt die Initiative, dass die Subventionen, die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung sowie andere staatliche Anreize den Wandel hin zu einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion und einer vermehrt pflanzlichen Ernährungsweise unterstützen statt ihn zu blockieren. Zu den staatlichen Anreizen gehört auch ein Grenzschutz (Zölle und Kontingente) für Pflanzenproteine wie Hülsenfrüchte und Nüsse, um deren inländische Produktion konkurrenzfähig zu machen.

Mit mehr Selbstversorgung, wie von der Initiative mit dem Anstreben eines Netto-Selbstversorgungsgrads von mindestens 70% verlangt, erhöht sich auch automatisch die Nachfrage nach inländisch produzierten pflanzlichen Lebensmitteln. Dadurch wird der Bauerstand gestärkt: Die Bäuerinnen und Bauern erhalten mehr Produktionssicherheit und Abnahmesicherheit für ihre Ernten. Das führt auch zu einem fairen Wettbewerb und zu fairen Produzentenpreisen für Schweizer Produkte.

Die Initiative öffnet neue Türen für die Land- und Ernährungswirtschaft, erfordert aber auch ein Umdenken und Veränderungen. Sie sieht daher eine Übergangsfrist von 10 Jahren vor und verlangt, dass die Bäuerinnen und Bauern bei den nötigen Anpassungen der landwirtschaftlichen Produktion vom Bund zusätzlich finanziell unterstützt werden.

Die Initiative schafft also eine Win-Win-Situation: für die Schweizer Landwirtschaft, die Umwelt, das Klima, für sauberes Trinkwasser und das Tierwohl. Die Land- und Ernährungswirtschaft kann dadurch ihre Kernaufgabe wahrnehmen – die sichere Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit nachhaltigen Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser.



www.efbs.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Confederation

Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit EFBS
Commission fédérale d'experts pour la sécurité biologique CFSB
Commissione federale per la sicurezza biologica CFSB
Cumissiuun federala per la segirezza biologica CFSB

Swiss Expert Committee for Biosafety SECB

Medienmitteilung

Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit

Bern, 15.12. 2014

Antibiotikaresistenzen: Grösste Bedrohung für Gesundheit in der Schweiz

Die immer mehr auf Hochleistung getrimmte Fleisch-, Milch- und Eierproduktion der Schweizer Landwirtschaft ist mit dem Tierwohl schwer in Einklang zu bringen. Dies zeigt auch der masslose Einsatz von Antibiotika, ohne die die Nutztiere ihr zum Teil sehr kurzes Leben nicht überstehen würden. Nirgendwo in Europa spritzen Bauern ihren Milchkühen so viel Antibiotika ins Euter wie in der Schweiz. In der Poultry- und Eierproduktion hat sich der Antibiotikaeinsatz von 2020 auf 2021 mehr als verdoppelt. Viele Tiere werden sogar mit Reserveantibiotika behandelt, da herkömmliche Antibiotika nicht mehr wirken. Dies sind Antibiotika, die Ärzten als letztes Mittel gegen sonst tödliche Infektionen vorbehalten sein sollten. **Der masslose und auch prophylaktische Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung führt zur Bildung von lebensbedrohlichen antibiotikaresistenten Bakterien.** Diese gelangen via Gülle und Mist auf landwirtschaftlich genutzte Flächen und so in die Lebensmittelkette (Gemüse, Früchte), in die Gewässer und sogar in unser Trinkwasser. Die Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit erklärte 2014 antibiotikaresistente Bakterien zur **«grössten Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz.»**

Durch den heutigen fahrlässigen Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung drohen uns medizinische Zustände wie vor 100 Jahren, als noch keine Antibiotika zur Verfügung standen. Weltweit starben 2019 1,27 Millionen Menschen durch Antibiotikaresistenzen. **Je mehr wir Konsumentinnen und Konsumenten uns mit pflanzlichen Lebensmitteln ernähren, desto weniger tierische Lebensmittel müssen produziert werden. Und desto mehr können wir den verbleibenden Nutztieren Haltungsbedingungen bieten, die mit dem Tierwohl im Einklang und nicht mehr von Antibiotika abhängig sind.**

**Antibiotikaresistenzen:
Grösste Bedrohung für die Gesundheit
in der Schweiz.**

Linkverzeichnis

Links zu Webseiten oder PDF-Dokumenten	Seite
Selbstversorgungsgrad – Agrarbericht 2022	3
Ernährung und Umwelt: Hebel und Ansätze BAFU	3
Landwirtschaftsflächen – Bundesamt für Statistik	6
Umweltziele Landwirtschaft BAFU – Statusbericht 2016	4
Coop Plant-Based-Food-Report 2023 – PDF	4
Berechnungen Bauernverband	6
Selbstversorgungsgrad – Agrarbericht 2022	6
Derzeitige Lebensmittelproduktion steuert auf globale Ernährungskrise zu	6
Bestand Nutztiere Schweiz 2022 – Bundesamt für Statistik	7
Ernährung und Umwelt: Hebel und Ansätze – BAFU	7
Ammoniakemissionen – Agrarbericht 2016	7
Die Schweiz produziert zu viel schädliches Ammoniak – NZZ Magazin	7
Landwirtschaft verfehlt Klimaziel – Aargauer Zeitung	7
Lotteriegelder gegen das Desaster mit der Gülle WOZ	7
Greifensee: Belüftung erweitert Lebensraum der Fische	7
SRF: Zuviel Gülle im Zugersee	7
Landwirtschaft als Luftschadstoffquelle – BAFU	7
Umweltziele Landwirtschaft 2008 – BAFU / BLW	7+11+13
Unser täglich Fleisch – Von Gülle, Jobs und Umweltschäden – SRF Dok	7
Zu viel Stickstoff und Phosphor: Schweizer Lebensräume sind stark belastet (scnat.ch)	7+8
Saat- und Pflanzgut	9
ECO – Landwirtschaft – Was sie uns wirklich kostet – Play SRF	4+10
Vision Landwirtschaft: Kosten und Finanzierung der Schweizer Landwirtschaft	10
Kosten und Finanzierung der Landwirtschaft	10
Absatzförderung – Agrarbericht 2022	10
BAFU – Grundlagen der Wasserversorgung 2025	11
Nitrat im Grundwasser (admin.ch)	11
Pestizide im Grundwasser (admin.ch)	11
Je höher die Artenvielfalt, desto mehr Ertrag in der Landwirtschaft – AGROSCOPE	11+12
Schweiz: Flächen ermöglichen ausreichende Kalorienzufuhr – AGROSCOPE	12
K-Tipp Antibiotikaspritzen im Kuhstall	15
Antibiotika – Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	15
Millionen von Poulet werden mit Reserveantibiotika behandelt – nau.ch	15
Antibiotikaresistenzen in Gülle reduzieren – NFP72.ch	15
Resistente Bakterien erobern die Schweiz – Universität Zürich UZH	15
Antibiotikaresistenzen im Trinkwasser – AQUA & GAS 2017	15
Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit: Antibiotikaresistenzen: Grösste Bedrohung für Gesundheit in der Schweiz	15
1,3 Millionen Tote im Jahr durch Antibiotikaresistenzen – infosperber	15